

Guten Morgen, Gütersloh

Dann doch lieber Bütterchen

Günter hatte gestern eine gute Idee: „Wollen wir heute Abend essen gehen?“ Seine Frau war begeistert. Endlich mal nicht wieder das übliche Butterbrot am Küchentisch. Aber wohin? „Italiener?“ „Och... Pizza?“ „Griechisch?“ „Zu mächtig.“ „Dann vielleicht asiatisch?“ „Ist mir zu scharf.“ Günter dachte nach. „Burger?“ Seine Frau verzog das Gesicht. „Eigentlich wollte ich mal was Gesundes.“ „Dann Salat?“ Langsam wurde es schwierig. Günter nahm sein Handy zur Hilfe, suchte Restaurants heraus, las Speisekarten vor und machte weitere Vorschlä-

ge. Mal war es zu weit weg, mal zu teuer, mal war gerade niemandem nach Fisch, Indisch oder Schnitzel. Irgendwann waren beide hungriger als zu Beginn der Diskussion und gleichzeitig zu erschöpft, um noch irgendwohin zu fahren. „Sollen wir einfach ein Bütterchen essen?“, fragte Günter. Seine Frau nickte erleichtert. Zehn Minuten später saßen beide am Küchentisch. Butterbrot, Käse und Wurst, ein paar Gewürzgurken dazu. Eigentlich ganz lecker. Morgen gehen sie aber wirklich essen. Vorausgesetzt, bis dahin können sie sich darauf einigen, wohin, hofft **Ihr Günter**

Einbruch in Gärtnerei am Schillerweg

Gütersloh. Einbrecher sind am Dienstagmorgen zwischen 3 und 3.15 Uhr in eine Gärtnerei am Schillerweg eingestiegen. Anwohner hörten im Tatzeitraum ein verdächtiges Geräusch. Die Täter stahlen ein Kassensystem aus den Räumen. Die Polizei bittet um Hinweise unter Tel. 05241 8690.

Mann will Bundespolizisten Dienstwaffe entreißen

Der Beamte wollte nach Dienstschluss einen Streit in einem Regionalexpress schlichten.

Gütersloh. Ein 54-jähriger Mann hat am Dienstagabend in einem Regionalexpress von Hamm nach Bielefeld einen Bundespolizisten angegriffen und versucht, dessen Dienstwaffe zu entreißen. Der Mann wurde beim Halt im Bahnhof Gütersloh von alarmierten Einsatzkräften der Bundespolizei übernommen. Nach Angaben der Bundespolizei war der 54-Jährige zuvor wegen der lauten Nutzung seines Handys mit einem anderen Reisenden in einen Streit geraten. Im weiteren Verlauf soll er den Mann beleidigt und ihm Schläge angedroht haben. Ein Bundespolizist, der sich nach Dienstschluss auf dem Heimweg befand, griff ein und stellte sich zwischen die beiden Männer. Bei dem Versuch, den Streit zu schlichten, schlug der 54-Jährige dem

Beamten mehrfach auf die Hände. Anschließend kam es zu einem Gerangel, bei dem der Angreifer zu Boden gebracht wurde. Dabei versuchte der Mann laut Bundespolizei, die Dienstwaffe des Beamten aus dessen Holster zu ziehen. Die vorhandenen Sicherheitsmechanismen verhinderten jedoch, dass er die Waffe an sich bringen konnte. Mit Unterstützung eines weiteren Reisenden wurde der weiterhin renitente und alkoholisierte 54-Jährige gefesselt. Beim Halt im Bahnhof Gütersloh übergaben die Beteiligten den Mann an die alarmierten Einsatzkräfte der Bundespolizei. Auch gegenüber den Beamten soll der Mann Drohungen ausgesprochen haben. Die Bundespolizei ermittelt nun wegen der entsprechenden Straftaten.

Weserstraße im Fokus

Aktuell zu wenig Verkehr, um handeln zu müssen. Doch das ändert sich womöglich.

Gütersloh (ost). An der Verkehrsführung der Weserstraße in Spexard wird sich vorerst nichts ändern. Die Straße sei nicht derart belastet, dass man dort eingreifen müsse, so die Verwaltung. Allerdings könne sich das ändern, wenn der Schenke-Markt an der Verler Straße öffnet. Sollte sich dann zeigen, dass sich die Verkehrsbelastung, das Geschwindigkeitsniveau oder die Sicherheit für Radfahrer und Fußgänger spürbar ändern, werde die Verwaltung die Datenlage neu bewerten und den Ratsfraktionen vorstellen. Die Fraktionen hatten auf Antrag der CDU um eine aktuelle Einschätzung gebeten. Sie wollten vier Maßnahmen geprüft sehen: verkehrsberuhigter Ausbau, Einbahnstraße, Fahrradstraße sowie ein Abbinden des Autoverkehrs im zweiten Abschnitt. Dabei sei besonders zu berücksichti-

gen, dass die Weserstraße von vielen Schülern benutzt werde und außerdem zwei Kitas in der Nähe seien, eine sogar direkt dran. Außerdem nutzten viele Radfahrer sie als ruhigere Alternative parallel zur vielbefahrenen Verler Straße. Die Stadt hat die Fahrzeuge eine Woche lang zählen lassen. In Summe kam sie auf 5.310 Autos und 1.588 Fahrräder. In der Spitzenstunde seien 115 Autos unterwegs. Kein einziger Fahrer fuhr schneller als 60 km/h, die meisten (69 Prozent) seien mit weniger als 29 km/h unterwegs. Der hohe Fahrradanteil von 30 Prozent sei auffällig. „Wir behalten das im Blick“, kommentierte CDU-Sprecher Andreas Heine. Die Stadt solle einige Monate nach Schenke-Öffnung erneut zählen. Grünen-Sprecher Ingold Klee regte an, über die Option Fahrradstraße nachzudenken.

Christian Bröder

Gütersloh. Seit mehr als zwei Jahren sollen auf der Berliner Straße in Gütersloh im Bereich der großen Kreuzung an den Stadtwerken die Ampeln erneuert werden. Immer wieder hat der Landesbetrieb Straßenbau Nordrhein-Westfalen die geplante Maßnahme auf der Bundesstraße 61 verschoben. Jetzt hat die Regionalniederlassung Ostwestfalen-Lippe auf eine Anfrage zu diesem Bereich am Rande erwähnt, dass dort eine Baustelle von deutlich größeren Dimensionen ansteht. Geplant ist demnach, die Ampeln „im Rahmen einer geplanten Sanierung der Fahrbahndecke auf der B61“ zu modernisieren. Heißt: Das nächste Großprojekt auf der Bundesstraße in Gütersloh ist im Anmarsch. Es betrifft einen 2,5 Kilometer langen innerstädtischen Abschnitt der vielbefahrenen Verkehrsachse.

Der betroffene Abschnitt liegt im Zuge der B61 und führt vom Nordosten Güterslohs an der Stadtwerke-Kreuzung K37 (Hülsbrockstraße/Postdamm) bis hin zur Marienfelder Straße (B513). „Die Erhaltungsmaßnahme beginnt voraussichtlich im zweiten Quartal 2027“, teilt Behördensprecherin Jennifer Krüger auf Anfrage der „Neuen Westfälischen“ mit. Für die Benennung weiterer Details, etwa zum Bauablauf, zum Verkehrskonzept inklusive potenzieller Umleitungsstrecken und auch für eine konkretisierte Kostenabschätzung sei der jetzige Zeitpunkt zu früh. „Diese Nachricht ist ganz frisch und wir stehen tatsächlich gerade erst am Beginn der technischen Bearbeitung für die Maßnahme“, erklärt die Sprecherin. Den Baustart in Gütersloh sieht Straßen NRW zwar frhestens für den April kommenden Jahres vor. Doch eines steht schon jetzt fest: Autofahrer und Pendler können sich auf der B61 auf die nächste Geduldsprobe einstellen.



Die B61 in Gütersloh, hier mit Blickrichtung Bielefeld und Teutoburger Wald, wird im Jahr 2027 erneut Schauplatz eines Großbauprojektes. Zwischen der „Stadtwerke-Kreuzung“ und der Marienfelder Straße soll die Asphaltdecke erneuert werden. Foto: Andreas Frücht

Der Landesbetrieb geht von einem mehrmonatigen Projekt mit mehreren Bauabschnitten aus. Wenn die Fahrbahndecke der Bundesstraße angepackt wird, hat das massive Auswirkungen auf den gesamten regionalen Berufs- und Durchgangsverkehr. Das hat bereits das von der Größenordnung her nahezu gleichartige Straßenbauprojekt im vergangenen Jahr auf der Bundesstraße 61 zwischen Gütersloh und Rheda-Wiedenbrück verdeutlicht.

Projekt ist vergleichbar mit Sanierung zwischen Gütersloh und Wiedenbrück

Bei der damaligen Sanierungsmaßnahme war ein 3,2 Kilometer langes Teilstück zwischen der Gütersloher Straße (L568) in Rheda-Wieden-

brück und der Hans-Böckler-Straße saniert worden. „Bezogen auf die Länge des betroffenen Bereichs“, erklärt die Sprecherin von Straßen NRW, „ist die Maßnahme also vergleichbar mit den Arbeiten im letzten Jahr.“ Damals dauerten die reinen Bauarbeiten nach zeitlichen Verzögerungen im Vorfeld zwischen dem 15. September 2025 und dem 17. November letztlich insgesamt 63 Tage. Genau neun Wochen lang war die B61 voll gesperrt. Die Kosten für die Maßnahme beliefen sich auf rund 2,2 Millionen Euro. Gegenwärtig sei schwer einzuschätzen, welchen Zeitrahmen das neue Straßenbauprojekt in Gütersloh umfasse. „Die exakten Details stehen noch aus und werden unsererseits kommuniziert, sobald es belastbare Pläne gibt“, kündigt Jennifer Krüger an. Mit der

Stadt weist Kritik an neuem Genehmigungsverfahren zurück

Ordnungsdezernent Heinz-Dieter Wette sieht im neuen Prozedere für die Aufstellung von Mulden kaum mehr Bürokratie. Eine Jahresgenehmigung sei nicht mehr kostendeckend gewesen.

Matthias Gans

Gütersloh. Die Stadt stellt Firmen keine pauschalen Jahresgenehmigungen mehr aus, wenn sie ihre Mulden im öffentlichen Raum aufstellen wollen. Diese Anfang des Jahres wirksam gewordene Veränderung des Antragsverfahrens hat Verärgerung bei den betroffenen Unternehmen ausgelöst. Auf diese Kritik stand Ordnungsdezernent Heinz-Dieter Wette auf Nachfrage der BfGT-Fraktion am Freitag im Rat Rede und Antwort.

Die Firmen kritisieren den bürokratischen Mehraufwand – bei Stadt wie Unternehmen. Zudem müsse ein Antrag 14 Tage vor Aufstellen der Mulde gestellt werden. Oft müsse aber eine Mulde von einem Tag zum anderen aufgestellt werden. Auch sei das neue Verfahren bürgerunfreundlich, weil dieser sich um den Antrag kümmern bzw. sich von dem Unternehmen die Genehmigung zeigen lassen müsse. Auch seien keine Gründe für die Änderung angegeben worden.

Heinz-Dieter Wette erklär-

te: „Bei Mulden oder Containern handelt es sich um Hindernisse im Verkehrsraum. Das Aufstellen von Hindernissen ist grundsätzlich untersagt, es sei denn, es gibt Ausnahmegründe.“ Solche Gründe könnten in Form von Abbruch- oder Aushubarbeiten vorliegen. Dementsprechend müsse eine Ausnahmegenehmigung, eine sogenannte Sondernutzungserlaubnis, erteilt werden. Das ergebe sich aus der Straßenverkehrsordnung. Zusammen mit der Bean-

tragung der Sondernutzungserlaubnis werde geprüft, welche Anforderungen an Kennzeichnung oder Absicherung von Containern notwendig seien, beispielsweise weil sie auf dem Fußgänger-/Radweg stehen, erklärte Wette das weitere Verfahren. In Gütersloh gebe es vier Firmen, die regelmäßig Mulden aufstellten. Diesen Unternehmen konnte die Stadt bis Ende letzten Jahres eine Jahresgenehmigung erteilen. Andere Firmen hätten aus Kosten-



Das Niehorster Unternehmen Milsmann hat rund 400 Mulden und Container in Umlauf, es ist das wirtschaftlich bedeutendste Standbein. Foto: Ludger Osterkamp

Stadt Gütersloh sowie weiteren Behörden stehe man im Austausch. Betroffene Anwohner und Firmen in dem Gebiet sollen im Rahmen des üblichen Meldeweges rechtzeitig informiert werden. „Uns ist bewusst, dass wir eine Verantwortung für die Pendler- und Anwohnerverkehre haben und sind aus diesem Grund bemüht, die Verkehrseinschränkungen auf das Minimum zu reduzieren.“ Dass die Ampeln an der Gütersloher B61 im Bereich der Kreuzungen an der Hülsbrockstraße und „Am Sandbrink“ nun im Zuge des Großbauprojektes gleich mit modernisiert werden, geschehe der Behördensprecherin zufolge, „im Sinne einer geringen Belastung von Verkehrsteilnehmenden und einer gesteigerten Wirtschaftlichkeit und Effizienz“. Im Jahr 2024 war die Verkehrszeichenbrücke an der

Kreuzung „Hülsbrockstraße/Postdamm“ als Ergebnis einer Bauwerksprüfung demontiert worden. Seitdem stehen an der Stelle provisorische mobile Masten. Das soll sich nun 2027 ändern. Insgesamt hat der Landesbetrieb Straßenbau Nordrhein-Westfalen bereits fünf seiner insgesamt 19 Lichtsignalanlagen (LSA) im Zuge der B61 in Gütersloh modernisiert. Bei 14 Anlagen steht die Modernisierung noch aus, fünf weitere Maßnahmen sind bereits beauftragt. Demnach stehen die nächsten Umstellungen der Anlagen auf LED an den Kreuzungen des Westrings (B61) mit der Hans-Böckler-Straße, der Herzebrocker Straße (L788) und des Pavenstädter Wegs an sowie am Nordring (B61)/Grenzweg und der Berliner Straße (B61)/Stadttring Nordhorn.

gründen die günstigere Einzelgenehmigung bevorzugt. Eine Jahresgenehmigung lohne sich erst ab einer gewissen Stückzahl. Dennoch sei es auch bei einer Jahresgenehmigung in der Vergangenheit notwendig gewesen, dass seitens des Unternehmens bei jeder Aufstellung einer Mulde eine Rückkopplung zur Straßenverkehrsbehörde erfolgt. „Ich kann rückblickend aber nicht sagen, ob das wirklich immer so gemacht wurde“, sagte Wette. Die Beantragung laufe vollkommen digital über die Homepage der Stadt. Stammdaten seien nur einmal einzutragen, diese würden dann dauerhaft gespeichert. Bei Folgeanträgen müssten daher nur noch Ort der Aufstellung und Dauer angegeben werden. Mit Stammdaten dauere das zwei bis drei Minuten, ohne sei man innerhalb einer Minute fertig. Diese Anmeldezeiten würden digital bei der Straßenverkehrsbehörde auflaufen. Dort würden Besonderheiten geprüft und über das integrierte Fachverfahren ein Gebührenbescheid erstellt. Das

dauere ebenfalls nur wenige Minuten, sodass die Antragsteller spätestens am Folgetag mit einer Antwort rechnen könnten. Insgesamt werden laut Wette im Stadtgebiet 150 Mulden pro Jahr aufgestellt. Der Aufwand sei für die Unternehmen zwar vorhanden, aber für die Verwaltung kaum größer als vor der Einführung des neuen Verfahrens. „Denn geprüft werden muss sowieso. Insofern sehen wir nicht den gewaltigen Mehraufwand, weder bei der Verwaltung noch bei den Unternehmen.“ Die Firmen seien rechtzeitig über die Verfahrensänderung informiert worden. Wette führte auch wirtschaftliche Gründe für die Änderung an. Eine Einzelgenehmigung koste im Durchschnitt 70 Euro. Die abgeschaffte Jahresgenehmigung sei mit 700 Euro zu günstig und nicht mehr kostendeckend für den Arbeitsaufwand der Verwaltung gewesen. „Auch wir als Verwaltung müssen wirtschaftlich handeln, auch unsere Dienstleistungen müssen kostendeckend sein“, begründete Wette die Änderung.